

Alexander Gallas¹

Politisierte Streiks: Zur Dynamik und Deutung von Arbeitskämpfen in Großbritannien

Abstract: In Großbritannien werden Streiks wieder zum Gegenstand politischer Diskussionen – und zwar, ohne dass sich ihre Frequenz nachhaltig erhöht hat. Warum ist das so? Und inwiefern haben gewerkschaftliche Strategien zu dieser Wahrnehmungsverschiebung beigetragen? Dies sind die Leitfragen des vorliegenden Aufsatzes. Der Autor arbeitet eine Veränderung in der politischen Aufladung von Streiks heraus: Wurden Ausstände in der New Labour-Ära tendenziell von außen politisiert, verschiebt sich dies in der Konjunktur der Krise. Nun sind die Streikakteure selbst diejenigen, welche die Politisierung von Streiks vorantreiben. Die Gründe dafür sind einerseits die von Seiten der Regierung Cameron verfolgte Kürzungspolitik – die den öffentlichen Sektor ins Zentrum der Auseinandersetzungen mit der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Opposition rückt – und andererseits der Schlingerkurs der Labour Party unter Ed Milibands Führung. In dieser Konstellation zeigt sich auf Seiten der britischen Gewerkschaften ein vorsichtiges Bemühen, eine eigenständige politische Stimme zu finden.

1 Einleitung

Zur politischen Mythologie Großbritanniens gehört ein Satz, den unter anderem Margaret Thatcher geprägt hat. Er besagt, dass die Gewerkschaften zum Mittel des Streiks griffen, „um das Land zu erpressen“.² Entsprechend organisierten Thatcher und ihre politischen Vertrauten in den 1980er Jahren einen umfassenden Angriff auf die organisierte Arbeiterklasse, welcher mit Verweis auf den angebliche Schaden begründet wurde, den die Gewerkschaften im Land anrichteten.³ Die Regierung engte den kollektiven Handlungsspielraum von Beschäftigten erheblich ein – beispielsweise durch gegen Arbeitsniederlegungen gerichtete polizeiliche Maßnahmen, Beschränkungen im Streikrecht und Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Sektor. Die Arbeiterschaft wurde dauerhaft geschwächt – was sich daran zeigt, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die verlorenen Streiktage seit den 1980er Jahren erheblich gesunken sind.

Nichtsdestotrotz wird der Mythos von den erpresserischen Gewerkschaften derzeit wiederbelebt. Angesichts einiger größerer Ausstände im Land ist eine öffentliche Debatte um den Störfaktor Streik entstanden, im Rahmen derer die Regierung Cameron eine weitere Einschränkung des Streikrechts auf den Weg gebracht hat (vgl. Darlington/Dobson 2015). Blickt man auf die entsprechenden Daten, stellt man jedoch fest, dass sich in puncto Streikhäufigkeit und -intensität nicht viel geändert hat. Die Zahl der verlorenen Streiktage erhöhte sich im Jahr 2011 kurzzeitig, als es zu einer Streikwelle im öffentlichen Dienst kam – war aber weit davon entfernt, sich dem Niveau der Streikaktivitäten in den 1980er Jahren anzunähern. Danach senkte

¹ Dr. Alexander Gallas, Fachgruppe Politikwissenschaft, Universität Kassel. E-Mail: alexandergallas@uni-kassel.de.

² Vgl. das Online-Archiv der Margaret Thatcher Foundation (www.margaretthatcher.org).

³ Für detaillierte Kritik dieser Behauptung vgl. MacInnes 1987, Clark 2000 und Howell 2005.

sie sich wieder. Gleichzeitig fällt der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit nur mehr dreißig Jahren und es gibt keine Anzeichen für eine Trendwende. Auch die Zahl der Arbeitsniederlegungen ist stark gesunken und dümpelt auf recht niedrigem Niveau vor sich hin. Einzig hinsichtlich der Zahl der an Ausständen beteiligten Beschäftigten hat sich eine Veränderung ergeben: Es gibt wieder Streiks mit massenhafter Beteiligung, auch wenn diese zumeist sehr kurz ausfallen.⁴

Statt mit bloßen Zahlen zu argumentieren, kann man aber auch nach der Qualität von Streiks fragen, also nach ihrer Dynamik und Deutung. Wieso werden Streiks wieder zum politischen Diskussionsgegenstand – und zwar, ohne dass sich ihre Frequenz nachhaltig erhöht hat? Und inwiefern haben gewerkschaftliche Strategien zu dieser Wahrnehmungsverschiebung beigetragen? Dies sind die Leitfragen meines Textes.

Um ihnen nachzugehen, skizziere ich im ersten Abschnitt einen Analyserahmen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass das Streiken per definitionem eine ökonomische Aktivität ist, da sie immer auf den Arbeitsprozess zielt. Im Gegensatz dazu ist eine politische Dimension des Streikens nicht notwendig gegeben und somit erklärungsbedürftig. Um die Mechanismen politischer Aufladung zu bestimmen, ziehe ich den Begriff der ‚Politisierung‘ heran. Dabei unterscheide ich zwischen Prozessen der externen und der internen Politisierung: solchen, bei denen Streiks durch Eingriffe von Außenstehenden eine politische Bedeutung verliehen bekommen sowie solchen, bei denen das Verleihen einer Bedeutung von den Streikenden selbst ausgeht.

Im zweiten Teil beschreibe ich dann knapp die Arbeitsbeziehungen und das Streikrecht in Großbritannien, um den Kontext meiner Analyse auszuleuchten. Dabei hebe ich auf den fragmentarischen Charakter der Arbeitsbeziehungen, das Fehlen einer betrieblichen Repräsentationsebene, das repressiv angelegte Streikrecht sowie die komplexen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Labour Party ab. All diese Aspekte wirken sich auf die Dynamik und Deutung von Streiks aus.

Im dritten und vierten Abschnitt erfolgt die eigentliche Analyse von Streiks in Großbritannien. Ich vergleiche die Politisierung von Arbeitskämpfen während der Phase des Wirtschaftsbooms unter New Labour mit jener von Arbeitskämpfen in der Situation der Krise, die von einer Politik der Austerität geprägt ist. Dabei geht es mir um Streiks mit Masseneffekten, also jene Streiks, die größere mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen und dadurch eine gesamtgesellschaftliche Wirkung erreichen. Im Zuge der Analyse arbeite ich eine Verschiebung in der Politisierung von Streiks heraus, die sich im Übergang zwischen den beiden Phasen ereignet.

Im Fazit beschreibe ich dann überblicksartig die Veränderungen der politischen Aufladung von Streiks in Großbritannien und stelle einen Erklärungsansatz für diese Veränderungen vor. Meines Erachtens ist es zu einer deutlichen Verschiebung im politischen Kontext gewerkschaftlicher Aktivitäten gekommen, aber auch zu einer Veränderung im politischen Selbstverständnis der Gewerkschaften. Insgesamt erkennt man auf ihrer Seite ein Bemühen, eine eigene politische Stimme zu finden.

⁴ Siehe Abbildungen 1 und 2.

2 Analytischer Rahmen

2.1 Externe und interne Politisierung

Ausgangspunkt von Überlegungen zur Politik des Streiks ist für gewöhnlich die Unterscheidung zwischen ökonomischen und politischen Streiks. Dabei wird das gängige Rechtsverständnis zu Grunde gelegt, nach der Streikziele und Streikadressaten entscheidende Kriterien für eine Einordnung sind. Ökonomische Streiks sind als Ausstände bestimmt, die sich auf die Arbeitsbedingungen und Entlohnung beziehen bzw. die Arbeitgeberseite ansprechen. Dagegen liegen politische Streiks vor, wenn es um politische Zielsetzungen geht und politische Institutionen wie Parlament oder Regierung adressiert werden (vgl. Hensche 2004; 2012, S.221).

Bei genauerem Hinsehen ist die fragliche Unterscheidung nicht geeignet, um die politische Dimension von Streiks einzufangen. Sie verdeckt die Tatsache, dass auch Arbeitskämpfe mit einer offiziell ökonomischen Zielsetzung in vielen Fällen politisch aufgeladen sind. So gibt es Streiks ohne politische Zielsetzungen und ohne politischen Adressaten, die Abläufe im Betrieb, der Wirtschaftsordnung insgesamt oder des Alltagslebens so empfindlich stören, dass Interventionen von der politischen Bühne aus vorprogrammiert sind. Dies wird beispielsweise anhand der jüngsten Streiks in der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland deutlich. Zudem existieren Streiks, die sich trotz ökonomischer Ausrichtung im obigen Sinne erheblich auf die politische Bühne auswirken. Ein Beispiel ist der Bergarbeiterstreik in Großbritannien im Jahr 1974, der zum Sturz der Regierung Heath führte. Darüber hinaus können sich Zielsetzungen zunächst ökonomischer Streiks in eine politische Richtung verschieben. Auch in diesem Fall kann ein Bergarbeiterstreik in Großbritannien als Beispiel dienen, nämlich der große Streik von 1984/85, der als Abwehrstreik gegen die von der Regierung angedrohte Schließung von Bergwerken begann und sich bald aufgrund der Heftigkeit des Angriffs von Regierungsseite in eine politische Konfrontation mit der Regierung Thatcher verwandelte. Außerdem ist es möglich, dass es einen Unterschied zwischen offiziellen und inoffiziellen Zielsetzungen eines Streiks gibt. Ein Beispiel dafür ist die unten diskutierte Streikwelle im öffentlichen Sektor Großbritanniens im Jahr 2011, die sich offiziell gegen eine Rentenkürzung wandte, inoffiziell aber ein Protest gegen die Kürzungspolitik der Koalitionsregierung unter David Cameron war.

Angesichts dessen plädiere ich dafür, die politische Dimension von Streiks anders zu fassen. Grundsätzlich kann Politik als Praxis der Auseinandersetzung bestimmt werden, genauer als „kollektiv geführter Streit über die Einrichtung von Gesellschaft“ (Lindner 2006, S. 585). Von einem politischen Streik kann man folglich sprechen, wenn ein Streik in den Streit um die Gesellschaft einbezogen ist oder direkt in diesen eingreift.

Ersteres ist dann der Fall, wenn ein Ausstand zu Reaktionen auf Seiten von politisch profilierten Akteuren führt, also zum Beispiel politischen EntscheidungsträgerInnen oder politisch wirkmächtigen PublizistInnen. Dies geschieht insbesondere dann, wenn der Streik eine gewisse Größe und Wirkungskraft erreicht (Hyman 1989, S. 177; vgl. Hain 1986, S. 9). Dabei ist es zweitrangig, ob die Streikantworten von politi-

scher Seite vor, während oder nach dem Streik getätigt wurden und ob die Zielsetzungen der Streikenden politisch sind oder nicht. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die fraglichen Reaktionen in vornehmlich ideellen oder materiellen Interventionen bestehen können. Ideelle Interventionen zielen auf die Legitimität von Streiks – Beispiele wären Solidaritätserklärungen oder auch öffentliche Statements, welche die Berechtigung von Arbeitsniederlegungen anzweifeln. Im Gegensatz dazu zielen ‚materielle‘ Interventionen auf institutionelle Rahmenbedingungen und praktische Voraussetzungen des Streikens. Hierunter fallen sowohl polizeiliche Repression gegen Streikende wie auch Veränderungen im Streikrecht. In beiden Fällen werden Streiks von außenstehenden Akteuren politisch aufgeladen, weshalb ich von einem Prozess *externer Politisierung* spreche.

Zweitens können Streiks politisch sein, indem sie (a) Auswirkungen auf die politischen Auffassungen von Management und Beschäftigten haben oder (b) mit politischen Zielsetzungen verknüpft sind bzw. in ihrem Verlauf mit diesen verknüpft werden. In diesen Fällen wird der Streik von Streikenden politisch aufgeladen; es handelt sich somit um einen Prozess der *internen Politisierung*.

2.2 Politisierung als Analysegegenstand

Im vorliegenden Aufsatz möchte ich untersuchen, wie sich die politische Dimension von Streiks in Großbritannien entwickelt hat. Dabei vergleiche ich zwei Phasen:

Zum einen die New Labour-Ära, die 1999 startet, als die Regierung Blair mit der Vorlage eines eigenständigen Haushaltsplans eine politische Handschrift zu entwickeln beginnt (vgl. Gallas 2015, S. 282f.). Die Phase endet mit dem Run auf die Hypothekenbank ‚Northern Rock‘ im Jahr 2007, welcher den offenen Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in Großbritannien markiert.

Zum anderen die Konjunktur der Krise, die 2007 ihren Anfang nimmt und die insofern bis heute anhält, insoweit die konjunkturelle Erholung im Vergleich zu anderen großen Krisen schwach ist (vgl. Chan 2015) und die Reallöhne fallen (s.u.).

Vor diesem Hintergrund vergleiche ich im Folgenden Arbeitskämpfe mit Massenwirkung, die sich vor und nach Eintreten der Krise zugetragen haben. Hierunter verstehe ich Auseinandersetzungen, die große mediale Aufmerksamkeit nach sich ziehen. Das bemesse ich im vorliegenden Fall anhand folgender Kriterien: Ein Streik hat eine Massenwirkung, wenn er das Kernthema von mindestens fünf Artikeln in drei Leitmedien unterschiedlicher politischer Ausrichtung ist⁵ – in diesem Fall von BBC News (Website), The Guardian und The Telegraph. Darüber hinaus muss jeder Streik mindestens eines der folgenden drei Kriterien erfüllen:

- mindestens sechsstellige Zahl an Beteiligten,
- erhebliche Störung des Alltagslebens,
- wirtschaftlicher Schaden in zweistelliger Millionenhöhe.

Auf dieser Grundlage habe ich elf Arbeitskämpfe ausgewählt, die ich im Folgenden genauer untersuche: Für den Zeitraum vor der Krise die Streiks bei den Feuerwehr-

⁵ Bei Streikwellen gilt die Anzahl von fünf für jeden einzelnen Ausstand.

leuten (2002-2004), bei Gate Gourmet auf dem Flughafen London-Heathrow (2005) sowie bei der Post (2003 und 2007); für den Zeitraum nach Eintreten der Krise die Auseinandersetzungen bei den Ö Raffinerien (2009), bei der Post (2009), bei der Londoner U-Bahn (2010, 2014 und 2015) und im öffentlichen Sektor (2011/12 und 2014).

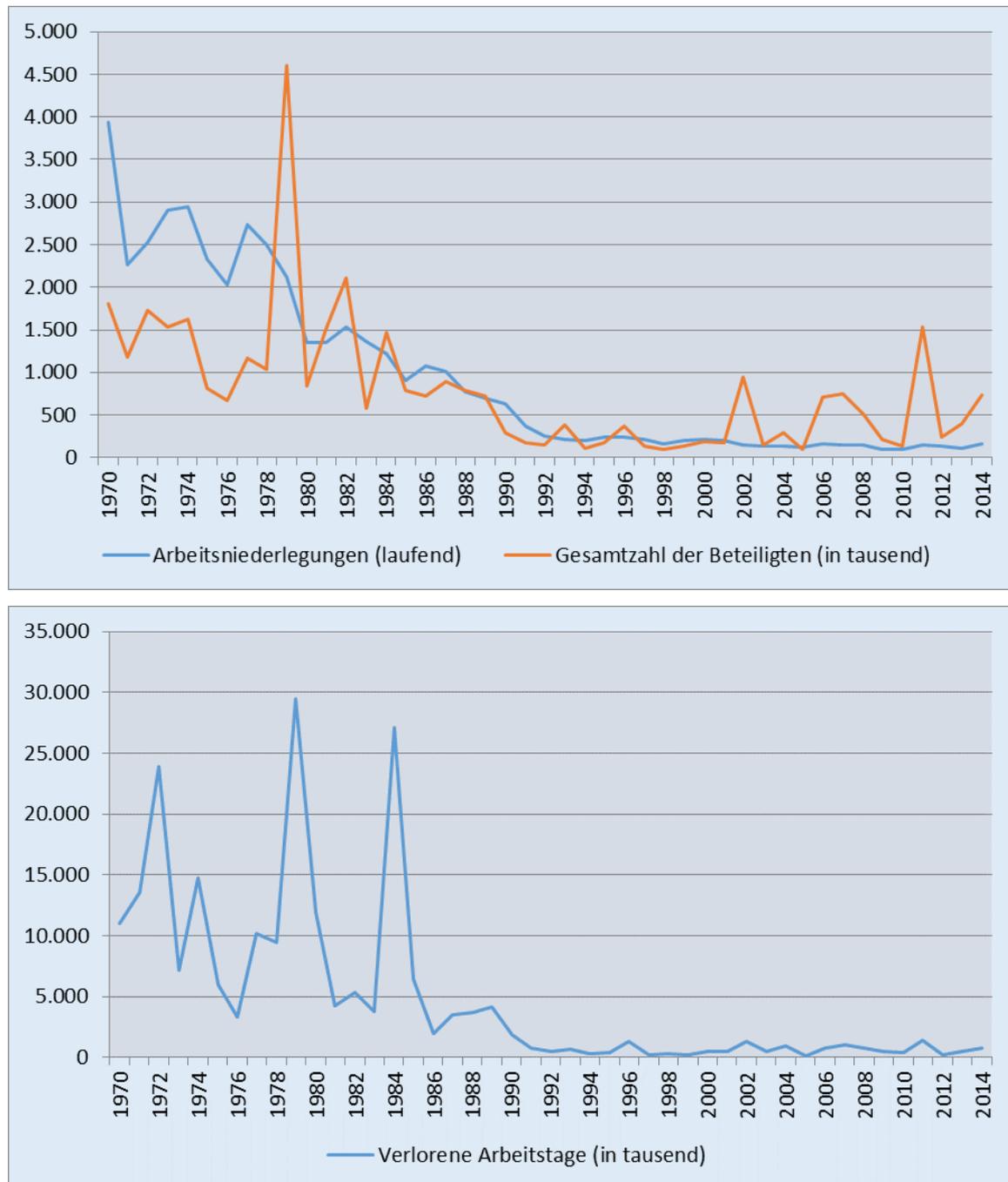


Abbildung 1: Streiks in Großbritannien

(Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Office for National Statistics, *Labour Disputes Annual Estimates*)

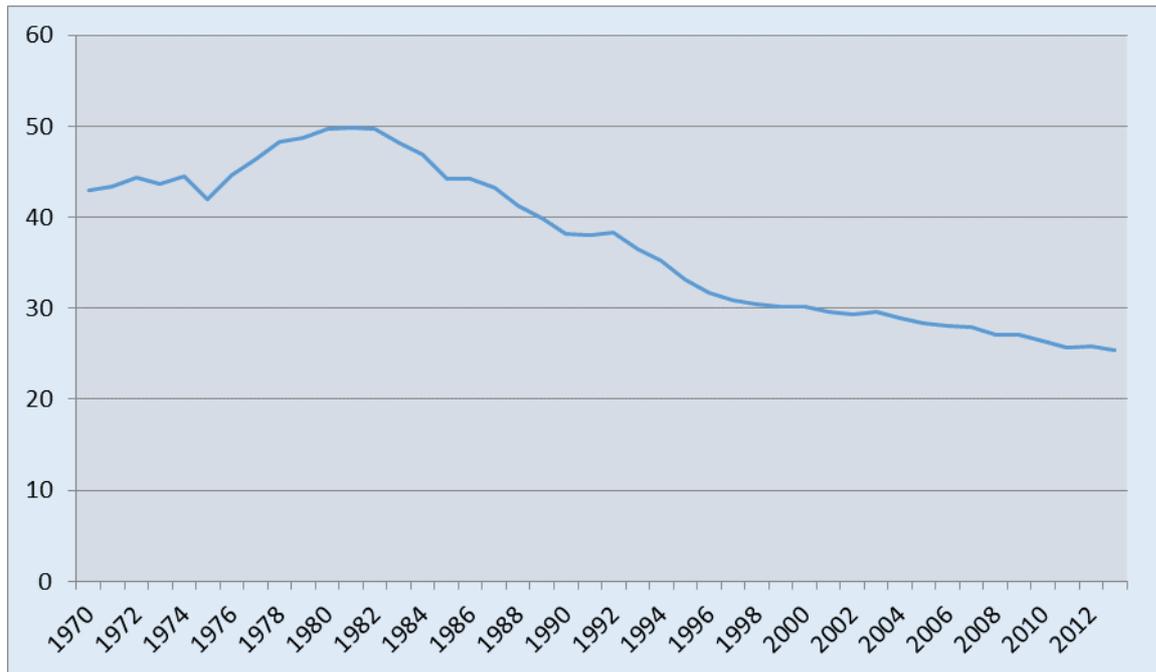


Abbildung 2: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad (in Prozent)

(Quelle: eigene Darstellung nach Daten der OECD)

3 Arbeitsbeziehungen in Großbritannien

Um Dynamik und Deutung dieser Streiks nachzuvollziehen, ist es erforderlich, das britische System der Arbeitsbeziehungen zu berücksichtigen. Großbritannien war das erste Land auf der Welt, welches industrialisiert wurde – und wohl auch das erste, in dem ein Prozess des industriellen Niedergangs begann. Bereits während der zweiten Welle der Industrialisierung, also im späten 19. Jahrhundert, fiel der damalige ‚Workshop of the World‘ gegenüber Deutschland und den Vereinigten Staaten zurück – Ländern, in denen die Herausbildung von Industriestrukturen deutlich später begonnen hatte (vgl. Hobsbawm 1968, S. 178; Cain/Hopkins 2001, S. 201). Eine nachhaltige Trendwende fand auch in späteren Jahren nicht statt; die britische Industrie befindet sich somit in einem sehr lang anhaltenden Prozess des relativen Niedergangs.

Der Prozess der Entindustrialisierung des Landes hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur zum Sinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades beigetragen, sondern auch zu einer sektoralen Verschiebung. Die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor waren in Großbritannien zwar schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich stärker organisiert als im Privatsektor – 1948 betrug der Organisationsgrad 71 gegenüber 36 Prozent.⁶ Aber der Abstand zwischen beiden Sektoren stieg noch weiter an – bei gleichzeitigem Sinken beider Werte: 2013 standen sich 54 und 14 Prozent gegenüber.⁷ Insofern ist es nicht verwunderlich, dass viele der Arbeitskämpfe mit Schlüsselbedeutung in den letzten Jahren im öffentlichen Sektor stattgefunden haben.

⁶ Eigene Berechnung auf Grundlage der Zahlen von Price/Bain (1983, S. 52).

⁷ Insgesamt betrug der Organisationsgrad im Jahr 2013 25 Prozent (im Gegensatz zu 49,8 Prozent in 1981); 6,4 Mio. Menschen waren Gewerkschaftsmitglieder (BIS 2015).

Das britische System der Arbeitsbeziehungen hat vier prägende Kennzeichen⁸:

- die fragmentarischen Organisationsstrukturen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden,
- das Fehlen einer außergewerkschaftlichen Interessenvertretung auf Betriebs-ebene (also von Betriebsräten),
- ein repressives Streikrecht, das hohe Hürden für legale Streiks setzt,
- die offizielle Verknüpfung vieler Gewerkschaften mit der Labour Party.

Alle vier Ebenen sind für die Frage der politischen Dimension von Streiks bedeutsam: Die Fragmentierung trägt dazu bei, dass Risse durch das Gewerkschaftslager gehen, die auch dann zu Tage treten, wenn es um die Berechtigung von Streiks geht. Die Abwesenheit von Betriebsräten hat zur Folge, dass Vorstellungen von Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft keine institutionelle Basis haben und insofern eine eher untergeordnete Rolle spielen. Die Gewerkschaften bewegen sich somit zwischen den Polen einer kämpferischen Grundhaltung und einer weitgehenden Eingliederung in die betriebswirtschaftliche Logik des Betriebs. Der repressive Charakter des Arbeitsrechts macht es schwierig, legal die Arbeit niederzulegen – beispielsweise durch das Verbot von Solidaritätsstreiks – weshalb es immer wieder zu wilden Streiks kommt. Die Anbindung an die Labour Party bedeutet, dass es zwischen Gewerkschaften und Partei ein komplexes Spannungsverhältnis gibt, das sich zwischen gegenseitiger Unterstützung und gegenseitigem Unter-Druck-Setzen bewegt.

4 Streiks vor Eintreten der Krise

4.1 Repression und Beratungen

Den Konjunkturdaten zufolge gab es in Großbritannien nach dem Ende der Rezession 1990/91 eine lange Phase des Wirtschaftswachstums, die erst 2008 abbrach. In dieser Phase war überwiegend die Labour Party an der Regierung (1997-2010), die immer wieder für sich reklamierte, ein stabiles und störungsfreies Wachstum sicherzustellen. Die Ära des Thatcherismus war von direkten Angriffen der Regierung auf Gewerkschaften und einem Schulterschluss zwischen Regierung und gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen geprägt gewesen. Unter Blair und Brown hingegen kam es zur Wiederherstellung von Konsultationsmechanismen sowie zu Verbesserungen hinsichtlich der individuellen Rechte von Beschäftigten. Allerdings tastete New Labour das in der Ära des Thatcherismus geschaffene, repressive Streikrecht nicht an. Darüber hinaus gab es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen führenden RepräsentantInnen von New Labour und kämpferischen Gewerkschaften über die Berechtigung von Streiks. Die offizielle strategische Linie der Parteiführung besagte, dass eine zu große Gewerkschaftsnähe die Partei in den Augen vieler BritInnen unwählbar machen würde (vgl. Johnson 2012). Zusammengefasst kann man somit von einer Konsolidierung der in der Ära des Thatcherismus angestoßenen Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen sprechen (Gallas 2015, S. 280ff.).

⁸ Für eine ausführliche Darstellung siehe Gallas/Nowak 2012, S. 64ff.

Im Großen und Ganzen übte sich die Gewerkschaftsseite in Zurückhaltung, wenn es um Forderungen ging, die sich frontal gegen die Agenda der Regierung Blair richteten (vgl. McIlroy 2000, S. 24). John Monks, Generalsekretär des Trades Union Congress (TUC), stellte in einem Interview im Jahr 1999 (zit. n. ebd., S. 11) fest, dass die Unterstützung für die Regierung innerhalb des Gewerkschaftslagers groß sei und dass die Veränderungen in Bereichen wie Bildung, Soziales und Gesundheitswesen in die richtige Richtung gingen. Nachdem die VertreterInnen von New Labour ihre Kontrolle über die politische Bühne gefestigt hatten – also spätestens nach der Wiederwahl von Blair im Jahr 2001 – zeigten sich einige Gewerkschaften konfliktfreudiger (Pyper 2003, S. 495; Dinan et al. 2006, S. 311). Hierbei handelte es sich um eine Reaktion auf die fehlende Bereitschaft New Labours, an einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Beschäftigten mitzuwirken (Pyper 2003, S. 496; Cohen 2006, S. 141f.; McIlroy/Daniels 2009, S. 150). Allerdings gelang es den Gewerkschaften weder vor noch nach dieser Verschiebung nachdrücklich Einfluss auf den Kurs von New Labour zu nehmen (vgl. Taylor 2001).

4.2 2002 bis 2004: Feuerwehrleute

Der Arbeitskampf der Feuerwehrleute, eine Welle kurzer Streiks in den Jahren 2002 bis 2004⁹, wird bisweilen als die ‚große‘ Auseinandersetzung der New Labour-Ära beschrieben (Dinan et al. 2005, S. 308; Seifert/Sibley 2011, S. 332). Der Disput entzündete sich im Mai 2002 an der Bezahlung der Vollzeitkräfte bei der Feuerwehr und stellte entsprechend zunächst einen klassischen, ökonomisch orientierten Arbeitskampf dar. Die Fire Brigades Union (FBU) monierte die vergleichsweise geringen Lohnzuwächse für Feuerwehrleute in den 1980er und 1990er Jahren, die zunehmende Arbeitsverdichtung sowie die gestiegenen Anforderungen hinsichtlich der technischen Qualifikationen, die zur erfolgreichen Ausführung des Jobs erforderlich waren. Die Gewerkschaft forderte eine Lohnerhöhung von ca. vierzig Prozent für Feuerwehrleute und fünfzig Prozent für Beschäftigte in Feuerwehrzentralen. Die Regierung setzte die Arbeitgeberseite – also die kommunal verankerten Feuerwehrbehörden – unter Druck und wirkte darauf hin, dass diese sich unnachgiebig zeigte. Die Gewerkschaft reagierte mit einer Urabstimmung über einen Streik (Pyper 2003, S. 490f.; Burchill 2004, S. 404, 408ff.; Seifert/Sibley 2011, S. 336ff., 340; vgl. Gilchrist 2002). Daraufhin intervenierte die Regierung direkt in die Auseinandersetzung und beauftragte einen ‚unabhängigen‘ Gutachter mit der Prüfung des Sachverhalts, der in einem Zwischenbericht im November eine Lohnerhöhung in zwei Stufen – erst vier, dann sieben Prozent – vorschlug, welche er jedoch an eine Reihe von Veränderungen in den Arbeitsbedingungen unter dem Stichwort der ‚Modernisierung‘ knüpfte. Dies wurde von der FBU abgelehnt und führte zu einem ersten 48-stündigen Streik, auf den wenig später ein zweiter einwöchiger Streik folgte. Zu Beginn des zweiten Streiks brachten weitere Verhandlungen ein Übereinkommen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft, das auf eine Erhöhung von 16 Prozent bei gleichzeitigen Modernisierungsmaßnahmen hinauslief. Vizepremier John Prescott weigerte sich

⁹ Siehe Tabelle 1.

allerdings, dieses Übereinkommen abzusegnen, sodass der Streik fortgeführt wurde. Ab Dezember intervenierte die Schlichtungsstelle Advisory Conciliation and Arbitration Service (ACAS) in den Konflikt; zugleich wurde die Endfassung des Gutachtens vorgelegt, die keine grundsätzlichen Veränderungen gegenüber dem Zwischenbericht brachte. Die Gewerkschaftsseite reagierte mit Ablehnung des Gutachtens und setzte weiterhin auf kurze, befristete Streiks. Währenddessen gingen die Verhandlungen unter dem Dach von ACAS weiter (Pyper 2003, S. 490f.; Burchill 2004, S. 411ff.; Seifert/Sibley 2011, S. 339ff.). Nach einer letzten Arbeitsniederlegung Anfang Februar 2003 stoppte die FBU die Ausstände erst einmal. Es folgten sehr langwierige Verhandlungen und Streikdrohungen. Erst im August 2003 kam es zu einem Abschluss (Seifert/Sibley 2005, S. 212ff.). Dessen Umsetzung wurde wieder zum Gegenstand von Auseinandersetzungen, im Zuge derer es zu wilden Streiks kam.

STREIKS DER FEUERWEHRLEUTE
12.-14. November 2002
22.-28. November 2002
21./22. Januar 2003
28.-30. Januar 2003
1./2. Februar 2003
Anfang November 2003 (wilder Streik)
Mitte/Ende Mai 2004 (wilder Streik)

Tabelle 1: Streiks der Feuerwehrleute

Quelle: Seifert/Sibley 2005

Im engeren Sinne waren die Streiks der Feuerwehrleute zunächst ökonomische Streiks: Gegenstand waren Lohn- und Arbeitsbedingungen; er vollzog sich zwischen der FBU und der Arbeitgeberseite. Politisiert wurde der Streik durch das aktive Einschreiten der Regierung. Diese verhinderte eine Einigung, die Mehrausgaben für die Löhne bedeutete und als ein Erfolg für die FBU gewertet hätte werden können, setzte einen Gutachter ein und sprach den Forderungen der Feuerwehrleute die Berechtigung ab. Hintergedanke war offensichtlich, dass ein erfolgreicher Arbeitskampf Beispielwirkung auf andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben und somit weitere Auseinandersetzungen sowie kostenträchtige Abschlüsse nach sich ziehen könnte. Man befürchtete einen Imageschaden – insbesondere da ‚New Labour‘ angetreten war, die Gewerkschaften in Schach zu halten, die Staatsausgaben zu begrenzen und

den öffentlichen Sektor entlang dieser Vorgaben umzustrukturieren (vgl. Seifert/Sibley 2011, S. 345). Diese Vorgehensweise erzeugte eine Situation der scharfen Polarisierung zwischen der Regierung und Teilen der Gewerkschaftsbewegung. Im November 2002 forderte Andy Gilchrist (der Chef der FBU) vor einer Versammlung linker Labour-Parlamentsabgeordneten, dass die Partei eine Rückkehr zur „echten Labour Party“ vollziehen und somit das Projekt ‚New Labour‘ hinter sich lassen müsse (zitiert n. Pyper 2003, S. 497). Damit machte er die Auseinandersetzung zu einer Kraftprobe um den Kurs der britischen Sozialdemokratie und bekam im Zuge dessen Unterstützung von anderen GewerkschaftsführerInnen (vgl. ebd.). Die Verschiebung der Auseinandersetzung auf die politische Bühne wird auch anhand der Tatsache deutlich, dass die FBU auf ihrem Gewerkschaftstag im Juni 2004 entschied, die institutionelle Anbindung an die Labour Party zu kappen. Insgesamt ist der Arbeitskampf der Feuerwehrleute ein Musterbeispiel für einen Prozess der externen Politisierung: Die Regierung zog die Auseinandersetzung durch ihre Interventionen in den Streit um die Gesellschaft hinein – was daran deutlich wird, dass sich die Gewerkschaft immer deutlicher politisch positionierte.

4.3 2003 und 2007: Royal Mail

Bereits 1996 – im Jahr vor Blairs Wahlsieg – hatte es eine Streikwelle bei der Post gegeben, die aus acht eintägigen Ausständen bestand und insofern ein Erfolg für die Beschäftigten war, dass sie erhebliche Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen verhindern konnten (Cohen 2006, S. 106f.; Lyddon 2009, S. 325). Auch in den folgenden Jahren kam es immer wieder zu kleineren, lokal verankerten wilden Streiks (Lyddon 2009, S. 325). Die beiden großen Streikwellen bei der Post in den Jahren 2003 und 2007 fanden im Rahmen von zwei getrennten Auseinandersetzungen statt und hatten unterschiedliche Dynamiken. Dennoch weisen sie über die Branchengleichheit hinaus zwei wichtige Parallelen auf, die ihre gemeinsame Behandlung rechtfertigen: ihre Ursachen liegen in der schlechten Bezahlung der Royal Mail-Beschäftigten sowie den Rationalisierungs- und Ökonomisierungsbemühungen, denen diese sich seit der Ära Thatcher ausgesetzt sahen und die sich unter ‚New Labour‘ fortsetzten (Beale 2003; Cohen 2006, S. 141).

Im ersten Fall handelte es sich um einen wilden Streik mit ca. 20.000 bis 25.000 Beteiligten Ende Oktober/Anfang November 2003 – vor allem in London, Oxford und dem Südosten, aber auch in Coventry und Wolverhampton in den Midlands sowie in Warrington im Nordwesten. Die CWU hatte eine Urabstimmung über Streiks abgehalten, in der die Mitglieder einen Ausstand abgelehnt hatten (Choules 2003). Nachdem einige Beschäftigte in Oxford und London dennoch beschlossen hatten, die Arbeit niederzulegen, kündigte das Management an, dass es zu lokalen Umstrukturierungen kommen würde, die einer Abstrafung der dortigen Beschäftigten gleichgekommen wäre. Als Reaktion kam es zur Ausdehnung der Arbeitsniederlegungen in Form zahlreicher wilder Streiks, in dessen Verlauf 16 Millionen Briefe am Tag liegen blieben und 10.000 Briefkästen in London versiegelt wurden. Auf dieser Grundlage machte das Management schließlich einen Rückzieher (Smith et al. 2003; Ohne Autor 2006; Cohen 2006, S. 141).

Auch dieser Streik hatte im Prinzip ökonomische Zielsetzungen – handelte es sich doch um einen defensiven Streik zur Abwehr von Veränderungen in der Arbeitsorganisation. Aber die Tatsache, dass die Beschäftigten im großen Stil im öffentlichen Sektor streikten und sich dabei über geltendes Recht hinwegsetzten sowie außerhalb der offiziellen Gewerkschaftsstrukturen operierten, setzten einen externen Politisierungsprozess in Gang. Die Labour-Regierung intervenierte und forderte, dass ACAS eingeschaltet werden müsse; Stimmen aus der Opposition forderten gar eine Zwangsschlichtung (Doward 2003).

Bei der Auseinandersetzung im Jahr 2007 handelte es sich hingegen um einen offiziellen Arbeitskampf der CWU. Er stand auch im Zusammenhang der Bemühungen des Royal Mail-Managements, Arbeitsprozesse im Rahmen eines ‚Modernisierungsplans‘ umzustrukturieren und somit die Produktivität der Beschäftigten zu erhöhen. Am 29. Juni und am 12. Juli wurden zwei landesweite Streiks durchgeführt; anschließend kam es zu einer Welle von aufeinander abgestimmten, sich abwechselnden Streiks mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten. Es folgten fünfwöchige Verhandlungen, die ergebnislos abgebrochen wurden. Anfang Oktober (05./06. und 08./09. Oktober) kam es jedoch zu weiteren Ausständen (Lyddon 2009, S. 325); in einigen Städten schlossen sich an den zweiten Termin wilde Streiks an. Angesichts dessen ergriff Brown, der neue Premierminister, offen Partei in der Auseinandersetzung. Er forderte von der CWU, auf eine Einstellung der Streiks hinzuwirken, denen er zugleich die Berechtigung absprach. Außerdem rief er die Gewerkschaft auf, ein vorhandenes Angebot anzunehmen (Hodgson 2007). Nachdem ein Gericht einer einstweiligen Verfügung des Royal Mail-Managements stattgegeben hatte – mit der ein weiterer angekündigter Streik aufgrund eines Formfehlers als illegal erklärt wurde (Milner 2007) – schlossen die CWU und Royal Mail eine Vereinbarung, die leicht verbesserte Lohnerhöhungen aber auch Flexibilisierungsmaßnahmen sowie den Ausschluss neuer Beschäftigter aus der Betriebsrente sowie die Anhebung des Rentenalters vorsah (Weaver 2007). Gerade aufgrund von Browns Intervention, die im Einklang mit New Labours Politik der Streikabwehr stand, kann der Streik im Jahr 2007 als Beispiel für einen Ausstand gelten, der extern politisiert wurde.

4.4 2005: Gate Gourmet

Gate Gourmet, ursprünglich eine Tochtergesellschaft der Swiss Air und im Bereich der Bordverpflegung von Fluglinien tätig, kaufte die Catering-Abteilung von British Airways im Jahr 1997, als diese von der Muttergesellschaft abgestoßen wurde. Die Übernahme führte zu erheblichem Druck auf die Beschäftigten hinsichtlich der Arbeitsorganisation. Angesichts des Aufkommens von Billig-Airlines, hoher Ölpreise und der Anschläge am 11. September 2001 in den USA geriet die Bordverpflegungsbranche in die Krise, wovon auch Gate Gourmet betroffen war: Das Unternehmen erzielte ab dem Jahr 2000 keine Profite mehr. Die Catering-Firma wurde 2002 vom Beteiligungsunternehmen Texas Pacific Group mit dem Ziel der ‚Sanierung‘ übernommen. Wenig später begannen Verhandlungen mit der Transport and General Workers‘ Union (TGWU) über Umstrukturierungsmaßnahmen (Arrowsmith 2005; Azad 2005; Pimlot/Housley 2005; Pearson et al. 2010, S. 419ff.).

Die eigentliche Auseinandersetzung um Gate Gourmet fand im August 2005 in Heathrow statt. Das Management von Gate Gourmet hatte ein ‚Rettungspaket‘ vorgeschlagen, das die Reduzierung von Zuschlägen für Überstunden, Maßnahmen zur Flexibilisierung sowie zur Produktivitätserhöhung vorsah. Die Beschäftigten, in der Mehrzahl Frauen mittleren Alters mit südasiatischem Hintergrund, stimmten dem ‚Paket‘ nicht zu. Für den 12. August war ein Vermittlungsgespräch angesetzt; am 10. August setzte die Firma fünfzig SaisonarbeiterInnen ein, von deren Existenz die Stammbesellschaft erfuhr, als die Frühschicht von einer Teepause zurückkehrte. Die dauerhaft Beschäftigten reagierten mit einer spontanen Arbeitsniederlegung, welche dazu führte, dass das Management die Streikenden mit Hilfe eines Ultimatums zur Rückkehr zur Arbeit aufforderte und ihnen schließlich mit Hilfe eines Megaphons mitteilte, dass sie gefeuert waren. Dies wiederum führte zu einem Solidaritätsstreik von Bodenpersonal und Gepäckbediensteten, der über Verwandtschafts-, Freundschafts- und Nachbarschaftsnetzwerke organisiert wurde und für 24 Stunden den gesamten Flughafen lahmlegte. Über 100.000 Passagiere waren betroffen; der Schaden für British Airways betrug etwa 30 bis 40 Mio. Pfund. Letztlich und endlich wurden zwischen der TGWU und Gate Gourmet unter Vermittlung des TUC eine Vereinbarung getroffen: Es waren 813 ArbeiterInnen entlassen worden. Von ihnen wurden 272 wieder eingestellt, während bei 130 die Kündigung bestehen blieb. 411 schieden ‚freiwillig‘ aus und bekamen eine Abfindung (Arrowsmith 2005; Azad 2005, S. 4412; Pimlot/Housley 2005; Hendy/Gall 2006, S. 2; Pearson et al. 2010, S. 424f.).

Auch im Fall von Gate Gourmet ist ein Prozess der externen Politisierung sichtbar, welcher allerdings nicht von der Regierung ausging. Vielmehr nahmen profilierte Fürsprecher der britischen Gewerkschaften – unter anderem Tony Woodley, damaliger Chef der TGWU (Morgan 2005) und Roy Hattersley (2005), ehemaliger Vizechef der Labour Party – den Streik zum Anlass, um sich für die Rücknahme des unter Thatcher erlassenen Verbots von Solidaritätsstreiks einzusetzen. Ein entsprechender Antrag wurde auf dem Labour-Parteitag im September 2005 mit großer Mehrheit angenommen. Der Handels- und Industrieminister Alan Johnson reagierte prompt, indem er unterstrich, dass die Regierung ihre Position hinsichtlich des Streikrechts nicht verändern würde (BBC News 2005).

4.5 Streiks in der New Labour-Ära

Die Streiks mit Massenwirkung in der New Labour-Ära zeigen ein eindeutiges Muster: Es handelte sich um Ausstände, die einem externen Politisierungsprozess unterlagen. Daraus lässt sich schließen, dass die ‚klassische‘ Arbeitsteilung zwischen Labour Party und Gewerkschaften erst einmal Bestand hatte. Nach dieser widmet sich erstere vor allem politischen Fragen, während letztere sich vornehmlich mit ‚industriellen‘ (also betrieblichen oder branchenspezifischen) Angelegenheiten befassen. Allerdings trat diese Arbeitsteilung zurück, sobald die Ausstände politisch aufgeladen wurden. Nun hatten die Aktivitäten der Gewerkschaften eine unmittelbar politische Bedeutung und die Arbeitsteilung stand bisweilen in Frage. Anders gesagt hatte die Loyalität der organisierten Arbeiterschaft gegenüber New Labour Grenzen. So löste die FBU ihre offizielle Verbindung mit der Labour Party im Anschluss an den Streik der Feuerwehrleute. Nach der Wiederwahl Blairs im Jahr 2001 trat erstmals eine

Gruppe von Gewerkschaftschefs in Erscheinung, die als ‚awkward squad‘ (‚unangenehme Truppe‘) bezeichnet wurde, weil sie für eine kämpferische, sozialistisch geprägte Gewerkschaftsarbeit stand – darunter Gilchrist von der FBU, aber auch Bob Crow und Tony Woodley von den Transportarbeitergewerkschaften RMT und TGWU, Billy Hayes von der Kommunikationsarbeitergewerkschaft CWU sowie Mark Serwotka von der PCS, eine der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (Pyper 2003, 496; Cohen 2006, 141f.; McIlroy/Daniels 2009, S. 150). Wie der Verlauf der Streiks zeigt, übten sich manche (aber bei weitem nicht alle) Gewerkschaften in der New Labour-Ära in politischer Selbstständigkeit. Dies wiederum führte zu Spannungen innerhalb der Labour Party, was anhand von Hattersleys Intervention deutlich wird.

5 Streiks nach Eintreten der Krise

5.1 Austerität und Protest

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise traf Großbritannien empfindlich, da die Wirtschaft des Landes in starkem Maße von der City of London abhängt, dem Londoner Finanzsektor. Auftakt war ein ‚Run‘ auf die Immobilienbank Northern Rock im September 2007. Es folgte eine umfassende Bankenkrise, im Zuge derer die Regierung Brown etwa die Hälfte des Geschäftsbankensektors verstaatlichte, darunter Lloyds, Northern Rock und die Royal Bank of Scotland (vgl. Gallas/Nowak 2012, S. 70ff.). Das Land fiel in eine tiefe Rezession, die mit dem Abschwung während der großen Depression der 1930er Jahre vergleichbar ist. Insgesamt geht die Erholung der britischen Wirtschaft sogar langsamer vor sich als in der Zwischenkriegszeit (Howe 2014).

Bereits die Regierung Brown reagierte in ihrer Spätphase auf die durch umfassende Rettungsmaßnahmen im Bankensektor erheblich gestiegene Staatsverschuldung, indem sie ein Programm der Ausgabenkürzungen auflegte, das aber aufgrund wenig später stattfindender Wahlen nicht mehr umgesetzt werden konnte. Die Koalitionsregierung David Camerons, die im Mai 2010 gebildet wurde, beschloss ein Kürzungsprogramm, welches eine Größenordnung erreichte, die es seit der Zwischenkriegszeit nicht mehr gegeben hatte (Gallas 2010). Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen von Camerons Politik sind erheblich: Ersten Schätzungen zufolge ist die Staatsquote zwischen 2010/11 und 2014/15 von 44,8 auf 40,7 Prozent gefallen (IFS 2015), was zum Wegfall von über 600.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor geführt hat (Laverty 2015, S. 1). Zwar ist der Wegfall der Jobs im öffentlichen Sektor landesweit gesehen durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Privatsektor kompensiert worden, allerdings zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede (ebd.). Zudem verzeichnet das Land seit Jahren sinkende Reallöhne (Machin 2015) und eine Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse. Im Fokus der politischen Debatten befinden sich die sogenannten ‚Zero-Hours Contracts‘ (Null-Stunden-Verträge), die es Unternehmen ermöglichen, Beschäftigte völlig flexibel hinsichtlich ihrer Arbeitsstundenzahl einzusetzen. Aktuelle Schätzungen zufolge sind ca. 1,4 Millionen Menschen in Großbritannien von solchen Verträgen betroffen (vgl. TUC 2015, S. 6).

Auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen bedeutete die Bildung der Koalitionsregierung insofern eine Rückkehr zur Lage in der Ära Thatcher, dass die Konsultationen zwischen Gewerkschaften und Regierungsmitgliedern auf ein Minimum beschränkt wurden. Auch hinsichtlich der Beziehung zwischen Gewerkschaften und Labor Party änderte sich die Lage grundsätzlich. Die neue Parteiführung unter Ed Miliband stellte sich nicht entschlossen gegen die Austeritätspolitik der neuen Regierung (vgl. Gallas 2013, S. 29f.). Damit entstand hinsichtlich der Repräsentation von Interessen von abhängig Beschäftigten ein Vakuum auf der politischen Bühne, in das verschiedene Akteure vorstießen: In Schottland die separatistische Scottish National Party (SNP), die von der Regierungsbank in Edinburgh aus die Opposition gegen die Kürzungspolitik Camerons anführte; in England in einem beschränkten Maße auch die Grünen. Angesichts der Schwäche der Stimmen der Opposition gegen die Kürzungspolitik auf der politischen Bühne spielte die außerparlamentarische Opposition eine wichtige Rolle – und hier taten sich neben ‚neuen‘ sozialen Bewegungen auch die Gewerkschaften hervor, die recht bald Stellung gegen die Regierung Cameron bezogen.

5.2 2009: Ölraffinerien

Die Medien zollten einer Welle wilder Streiks von Wartungs- und BauarbeiterInnen im Januar und Februar 2009 große Aufmerksamkeit, die von einer Raffinerie an der Ostküste Englands mit dem Namen Lindsey Oil ausging. Die Beschäftigten vor Ort legten die Arbeit nieder, um dagegen zu protestieren, dass der Bau einer Entschwefelungsanlage an eine italienische Firma vergeben worden war. Sie kritisierten das Vorhaben der Unternehmensleitung, die anfallenden Arbeiten ausschließlich von Festangestellten aus Italien und Portugal erledigen zu lassen. Die einheimischen ArbeiterInnen sahen dies als Diskriminierung an. Darüber hinaus äußerten sie die Befürchtung, dass die Auftragsvergabe zur Untergrabung des Branchentarifvertrags führe. Hintergrund war, dass die Regularien der EU-Entsenderichtlinie in britisches Recht übersetzt wurden, ohne die Übertragung bestehender Tarifverträge auf die entsandten ArbeiterInnen festzuschreiben (Gall 2012, S. 417; Gallas/Nowak 2012, S. 74ff.; Ince et al. 2015, S. 147).

Der Streik dauerte etwa eine Woche und wurde von zahlreichen (unter britischem Recht als illegal angesehenen) Solidaritätsstreiks in vielen Teilen des Landes begleitet, an denen mehrere tausend ArbeiterInnen teilnahmen. Nach Verhandlungen unter Federführung des britischen Schlichtungsdiensts ACAS kam es zu einer Vereinbarung, die vorsah, dass die Hälfte der zu schaffenden Jobs ArbeiterInnen aus der Region zukommen sollte (Chopra 2009; Mouvement Communiste 2009; Hall 2010). Auf die erste Welle wilder Streiks folgten zwei weitere, bei denen die Arbeitgeberseite ähnlich gelagerte Konzessionen machte (Gall 2012, S. 416).

Die Medienaufmerksamkeit für den Streik geht auf die Tatsache zurück, dass die Streikenden den nationalistischen Slogan ‚British Jobs for British Workers‘ [Britische Arbeitsplätze für Britische ArbeiterInnen] verwendeten. Dieser war in den 1970er Jahren von der neofaschistischen Partei National Front geprägt worden. Gordon Brown griff den Slogan 2007 auf, wodurch die Arbeitsniederlegung auch als direkter

Kommentar zur Politik New Labours in der Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen werden kann. Anthony Ince et al. (2015, S. 149, übers.) halten unter Verweis auf die Diskussionen in einem von Beschäftigten frequentierten Internetforum fest: „Manche der Streikenden argumentierten, dass sie den Slogan einfach zu Brown zurückschleuderten und ihn somit zwangen, ‚alles zurückzunehmen‘. Manche forderten Brown auf, ‚sein Versprechen zu halten‘ und ‚das Grundrecht auf Zugang zu Beschäftigung im eigenen Land zu verteidigen‘.“

In die Debatte mischten sich aber auch eindeutig nationalistische Töne: Einige Streikende brachten britische Fahnen zu Versammlungen mit, und auch der Slogan ‘Put British Workers First!’ [Britische ArbeiterInnen zuerst] war zu hören. Tony Woodley – einer der beiden damaligen Generalsekretäre von Unite – berichtete, dass Mitglieder der neofaschistischen British National Party (BNP) sich an der Organisation der Arbeitsniederlegung beteiligt hatten. Natürlich ist festzuhalten, dass zahlreiche am Streik Beteiligte vor allem den Druck auf ihre Löhne sowie ihren Ausschluss bei der Jobvergabe skandalisieren wollten und die BNP klar ablehnten. So brachte auch das Streikkomitee keinerlei nationalistische Slogans in Umlauf und lancierte zudem eine alternative Parole, nämlich die Forderung nach ‘fair access for local labour’ [fairer Zugang für lokale Arbeitskräfte]. Insgesamt ist aber dennoch festzuhalten, dass die Streikenden auch nicht nachdrücklich gegen nationalistische Tendenzen in ihren eigenen Reihen vorgingen (Guthrie 2009; Mouvement Communiste 2009).

Zusammengefasst zeigt der Arbeitskampf das Muster der internen Politisierung. In ihm waren von Anfang an ökonomische mit politischen Zielsetzungen verknüpft, die als Protest gegen die Regierung Brown und ihre Untätigkeit bei der Regulierung von Arbeitsverhältnissen gesehen werden können – und als Antwort auf ihre Unfähigkeit, die Beschäftigten vor der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise zu schützen. Entsprechend brachten die Streikenden ihre Forderungen auf unmittelbar politische Weise vor, und zwar innerhalb eines nationalistischen Framings. Selbstverständlich sollte diese Einschätzung nicht als normativ-politische Zustimmung zu den Zielsetzungen der Streiks gewertet werden: Die nationalistischen Grundtöne verhinderten es von vornherein, dass eine Solidarisierung mit den zur selben Zeit in Kontinentaleuropa bereits laufenden Protesten gegen die Kürzungspolitik (vgl. Gallas/Nowak 2012) stattfinden konnte.

5.3 2009: Royal Mail

Die politische Dimension des Arbeitskampfes bei der Royal Mail im Jahr 2009 liegt weniger offen zutage als im Fall der Ölraffinerien. Offiziell war der Streik ein Ausstand, bei dem es um die Zielsetzungen und Bedingungen der ‚Modernisierung‘ der britischen Post ging, wie sie in der Vereinbarung von 2007 anvisiert worden war. Bereits im Sommer 2009 kam es mehrmals zu lokal begrenzten Arbeitsniederlegungen. Nach einem eindeutigen Urabstimmungsergebnis, das am 08. Oktober 2009 verkündet worden war, hielt die CWU Ende Oktober vier landesweite, 24-stündige Streiks verschiedener Beschäftigtengruppen ab. Nach langwierigen Verhandlungen kam es im Frühjahr 2010 zu einer Vereinbarung, die Lohnerhöhungen sowie Arbeitsplatzsicherheit für 75 Prozent der Beschäftigten vorsah, aber auch die Einführung von

Technologien, die den Arbeitsprozess rationalisierten und Arbeitsplätze gefährdeten (BBC News 2009a; Hall 2009).

Allerdings trug der politische Kontext des Streiks zu einer Polarisierung bei, vor deren Hintergrund sich von Anfang an eine erheblich politische Motivation der Streikenden feststellen lässt. Bereits im Oktober 2008 hatte der Wirtschaftsminister Peter Mandelson angekündigt, aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation bei der Royal Mail eine Teilprivatisierung durchzuführen. Dagegen regte sich erheblicher Protest – sowohl von Seiten der CWU als auch von zahlreichen Labour-Abgeordneten, die sich damit gegen die eigene Regierung stellten. Die Proteste waren insofern erfolgreich, als Mandelson im Juli 2009 seine Privatisierungspläne fallen ließ.

Die von Mandelson ausgehende politische Polarisierung wird auch daran deutlich, dass die Londoner CWU im September 2009 eine Urabstimmung mit beratender Funktion abgehalten hatte, in der sich 96 Prozent für eine Aufkündigung der formalen Verbindung mit Labour aussprachen (Bond 2009). Entsprechend äußerte ein Repräsentant der CWU London in einem Interview (Cohen 2009): „Wir möchten unsere politische Stimme nicht verlieren, aber wir haben das Gefühl, dass wir die Labour Party oder New Labour nicht finanzieren sollten. Und das ist von den normalen PostarbeiterInnen gekommen. (...) Sprich mit irgendwelchen PostarbeiterInnen darüber, was sie von RM [Royal Mail], von der Regierung denken, und sie werden dir eine ziemlich klare Ansage machen.“

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es sich beim Arbeitskampf im Herbst 2009 um einen Streik handelte, der sich gegen die Umstrukturierungspläne der Regierung hinsichtlich eines Staatsbetriebes und dessen Stellung in der britischen politischen Ökonomie stellte. Entsprechend äußerten sich auch Streikende, die von BBC News interviewt wurden (BBC News 2009b). Der Streik unterlag also einem Prozess der internen Politisierung. Die CWU konnte die Privatisierung der Royal Mail im Übrigen nicht dauerhaft verhindern – diese fand im Herbst 2013 statt.

5.4 2010, 2014 und 2015: Londoner U-Bahn

Die National Union of Rail, Maritime and Transport Workers (RMT) ist bekannt dafür, zum Mittel des Streiks oder zumindest der Streikdrohung zu greifen, um die Interessen der Transportbeschäftigten zu vertreten. Generell hat sie das Image einer sozialistisch geprägten, kämpferischen Gewerkschaft, die durch ihr Vorgehen und die strategisch wichtige Platzierung in der Infrastruktur immer wieder Konzessionen von den Arbeitgebern erzwingt. Sie schreckt auch nicht davor zurück, sich politisch zu positionieren. Einige AutorInnen sprechen im Zusammenhang mit der RMT von „radikal-politischer Gewerkschaftsarbeit“ (Connolly/Darlington 2012; Gordon/Upchurch 2012, übers.). Die Tatsache, dass ihre Mitgliederzahl in den letzten Jahren stetig gewachsen ist und dass sie materielle Konzessionen gewinnen konnte, kann als Zeichen des Erfolgs dieser Strategie gewertet werden (vgl. ebd., S. 10f.).

Bereits in der New Labour-Ära kam es sehr häufig zu mehrheitlich kurzen und räumlich beschränkten Arbeitskämpfen, die zumeist die Arbeitsbedingungen sowie

die Entlohnung betrafen. Zugleich positionierte sich die RMT politisch. So reagierte die Gewerkschaft auf den Kurs von New Labour mit einer Absenkung ihrer Zahlungen an die Partei. Als sie schließlich entschied, dass ihre lokalen Unterorganisationen andere Parteien unterstützen durften, kappte die Labour die formale Verbindung mit der RMT (vgl. Lyddon 2007, S. 327f.; Connolly/Darlington 2012, S. 5f.; Darlington 2012, S. 522).

In der Konjunktur der Krise setzte die RMT sowohl ihre Streiks als auch ihre politischen Aktivitäten fort. Im Juni 2009 ereignete sich ein 48-stündiger Ausstand bei der Londoner U-Bahn, der sich ebenfalls um Arbeitsbedingungen und Entlohnungsfragen drehte (Prosser 2009). Mit der Formierung der Koalitionsregierung im Mai 2010 begann die RMT eine wichtige politische Rolle zu spielen, die über das gewerkschaftliche Spektrum hinausging, weil sie die Kürzungspläne für den öffentlichen Sektor in aller Deutlichkeit zurückwies (Connolly/Darlington 2012, S. 5f.; Darlington 2012, S. 522).

Eine direkte Verknüpfung zwischen Arbeitsniederlegung und politischer Kampagne stellte die RMT im Herbst 2010 her. Es kam zwischen September und November 2010 zu vier jeweils 24-stündigen Ausständen, die sich gegen die Schließung von Fahrkartenschaltern in der Londoner U-Bahn sowie den entsprechenden Wegfall von Arbeitsplätzen richtete (Hall 2010). Dabei machte die RMT darauf aufmerksam, dass die Arbeitgeberseite dem Londoner Bürgermeister Boris Johnson unterstand, und dieser wiederum zu Camerons konservativer Partei gehörte – wodurch eine Verbindung zwischen den Kürzungen bei der U-Bahn und der Kürzungspolitik insgesamt hergestellt wurde. Entsprechend brandmarkte der damalige Gewerkschaftschef Bob Crow im Oktober 2010 (S. 1, übers.) die Regierungspolitik als „fiskalischen Faschismus“, verwies auf Johnsons Parteizugehörigkeit und fügte hinzu: „Dieser Kürzungsvorstoß steht hinter dem wahnsinnigen Vorhaben von Transport for London, 2.000 Arbeitsplätze zu streichen und die Ausgaben für Wartungsarbeit zu kürzen“.

Auch der Konflikt im Jahr 2014 drehte sich um die Frage, ob Fahrkartenschalter in der Londoner U-Bahn geschlossen werden sollen. Im Februar und im April kam es zu jeweils 48-stündigen Ausständen, die den öffentlichen Personennahverkehr in der britischen Hauptstadt empfindlich trafen (Hall 2014; Aglionby et al. 2014). John Leach (2014), ein Repräsentant der RMT London, machte in diesem Zusammenhang erneut auf die Verantwortung des Bürgermeisters für die Kürzungsmaßnahmen aufmerksam. Am 08./09. Juli sowie am 06./07. August 2015 wurde ebenfalls gestreikt, und zwar aufgrund der Schalterschließungen sowie der Ankündigung der Arbeitgeberseite, die U-Bahnen in Zukunft auch nachts fahren zu lassen. Auch in dieser Situation stellte die RMT eine Verbindung zwischen der Kürzungspolitik und der Situation bei der Londoner U-Bahn her (BBC News 2015; Khomami et al. 2015; RMT News 2015). Es handelt sich somit auch in diesem Fall um Streiks, die einem Prozess der internen Politisierung unterliegen.

5.5 2011, 2012 und 2014: Öffentlicher Dienst

Im März 2011 hielt der TUC eine Großdemonstration in London gegen die Kürzungspolitik der Regierung Cameron ab, an der 250.000 bis 400.000 Menschen teilnahmen (Gallas/Nowak 2012, S. 78ff.). Damit positionierten sich die Gewerkschaften eindeutig zum politischen Projekt der konservativ-liberalen Koalition. Im Juni desselben Jahres gab diese bekannt, dass es im Bereich der Renten im öffentlichen Sektor erhebliche Veränderungen geben würde. Vorgesehen waren eine Anhebung des Rentenalters sowie Veränderungen der Berechnungsgrundlage zu Ungunsten der Beschäftigten (vgl. Curtis 2011). Dieses Vorhaben ermöglichte es den Gewerkschaften, Streiks im gesamten öffentlichen Sektor durchzuführen, die juristisch als ‚Arbeitskampf‘ (trade dispute) gewertet werden mussten und insofern im Einklang mit der herrschenden Rechtsprechung standen. Es bestand somit die Grundlage für legale Massenstreiks gegen die Kürzungspolitik. Damit ließ sich der Protest in eine Streikbewegung überführen, die sich im Einklang mit dem Streikrecht befand – zumindest im öffentlichen Sektor. Das bot sich ohnehin an, weil dieser die Zielscheibe der Angriffe der Regierung darstellte.

Insgesamt gab es im Rahmen der Auseinandersetzung um die Renten drei Streiktage: den 30. Juni 2011, den 30. November 2011 und den 10. Mai 2012, wobei die Mobilisierung im November am breitesten ausfiel. Die Zahl der Teilnehmer bewegte sich jeweils im sechs- bzw. im niedrigen siebenstelligen Bereich. Alle drei Arbeitsniederlegungen waren von vornherein politisch angelegt: Die Beteiligten thematisierten immer auch die Kürzungspolitik und den Angriff auf den öffentlichen Dienst.¹⁰

Auf die erste Welle von Massenstreiks folgte eine zweite im Jahr 2014, die zum Teil auf Urabstimmungen beruhte, die im Jahr 2012 abgehalten worden waren. Neben der Rentenfrage wurde auch die Entscheidung der Regierung, die Löhne von Beschäftigten im öffentlichen Sektor einzufrieren, Gegenstand der Auseinandersetzung. Der Gesamtzusammenhang war weiterhin die Kürzungspolitik der Regierung. Die Ausstände fanden am 10. Juli und im Oktober des fraglichen Jahres statt, wobei die Beteiligung wiederum im sechs- bis siebenstelligen Bereich lag. Den Schlusspunkt bildete eine Massendemonstration in London, an der sich laut Gewerkschaftsangaben ca. 90.000 Menschen beteiligten (BBC News 2014; Cabinet Office 2014; Campbell/Johnson 2014; Johnston 2014).

Zusammengefasst flammte der Arbeitskampf im öffentlichen Sektor immer wieder auf und stützte sich auf die massenhafte Beteiligung unterschiedlicher Berufsgruppen. Gleichzeitig bestand über seine politische Ausrichtung kein Zweifel: Er stellte einen Protest der Beschäftigten im öffentlichen Sektor gegen die Kürzungspolitik dar. Insofern kann man davon sprechen, dass sich hier der Schwerpunkt der politischen Streiks in der Konjunktur der Krise befand.

¹⁰ Vgl. Gallas/Nowak 2012, S. 80ff. für eine ausführliche Darstellung.

5.6 Streiks in der Konjunktur der Krise

In der Situation der Krise hat sich der politische Kontext von Streiks deutlich verändert und entsprechend auch die politische Aufladung von Streiks selbst. Insgesamt gibt es eine Bewegung hin zu einer internen Politisierung von Ausständen, die eine Reaktion auf die veränderten politischen Rahmenbedingungen darstellt. Dabei knüpfen BasisaktivistInnen und Gewerkschaften an die Einübung politischer Selbstständigkeit an, die punktuell bereits während der Hochzeit von New Labour stattfand.

In der ersten Phase der Krise funktionierte die Erzählung New Labours, für störungsfreies Wachstum und sozialen Ausgleich gesorgt zu haben, nicht länger. Die Unterstützung für die Labour Party in der Bevölkerung begann zu schwinden. Das zeigt sich auch anhand des Konflikts bei Lindsey Oil: Im nationalistischen Framing dieses Streiks drückte sich die Unzufriedenheit über die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in Großbritannien sowie die Rolle der Regierung Brown in ihr aus. Der Ausstand kann also auch als Protest gegen New Labour verstanden werden.

Die Hinwendung New Labours zu einer Politik der Austerität läutete die zweite Phase der Krise ein, die mit der Bildung der liberalkonservativen Koalitionsregierung eine eindeutige Richtung bekam: Es ging nun um die Schrumpfung des öffentlichen Sektors. In dieser Situation begannen die betroffenen Gewerkschaften, eindeutig Stellung zu beziehen und zum Streik als Mittel des politischen Protests zu greifen. Gleichzeitig offenbarte sich anhand der defensiven und symbolischen Natur der Arbeitsniederlegungen (in den meisten Fällen beschränkten sie sich auf vorher festgelegte Tage und dauerten nicht länger als 48 Stunden) eine Schwäche der organisierten Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften vermochten es letztlich nicht, die Umsetzung des Regierungsprogramms entscheidend zu stören.

6 Fazit

In Großbritannien zeigt sich tendenziell eine Verschiebung hinsichtlich der Politisierungsmechanismen, die im Zuge von Streikaktivitäten wirksam werden: Unter Bedingungen von Krise und Austerität weicht die externe der internen Politisierung. Die deutliche Veränderung im politischen Kontext geht demnach mit einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Aktivitäten einher. Die Gewerkschaften treten offener als politische Akteure auf und wählen dazu das Mittel des Streiks. Damit positionieren sie sich in Gegnerschaft zur Regierung Cameron. Insgesamt wird von Seiten der Gewerkschaften das Bemühen deutlich, eine politische Stimme zu finden. Allerdings handeln sie mit einer gewissen Zaghaftheit. Das zeigt sich daran, dass die Proteststreiks zumeist sehr kurz ausfallen und symbolischer Natur sind.

Die Verschiebung hin zur internen Politisierung stellt meines Erachtens tatsächlich eine veränderte Qualität von Streiks dar. So erklärt sich, warum die Regierung trotz geringer Veränderungen in der Streikhäufigkeit und -intensität eine gesellschaftliche Diskussion zum Thema ‚Störfaktor Streik‘ befördert und damit eine gewisse Resonanz findet. Das bedeutet auch, dass die Gewerkschaften Interventionen vornehmen, die insofern wirkungsvoll sind, als sich ihr Adressat zu einer Reaktion genötigt fühlt.

Mit dieser Verschiebung wird die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Labour Party und Gewerkschaften brüchig. Man kann bereits das politische Projekt New Labour als Abnabelungsversuch der Partei von den Gewerkschaften sehen (vgl. Howell 2005, S. 174). Umgekehrt ist das eigenständige politische Agieren der Gewerkschaften in der Konjunktur der Krise auch als Distanzierung von der neoliberal gewendeten Labour Party zu sehen.

Wenn die Gewerkschaften in Großbritannien inzwischen in einem direkteren Sinn eine politische Rolle spielen, gibt es dafür meines Erachtens zwei ineinandergreifende Erklärungen, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind: Erstens bedeutet die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Labour Party und Gewerkschaften, dass eine Repräsentationslücke auf der politischen Bühne entstanden ist. Diese hielt auch die Parteiführung unter Miliband offen, da sie sich nicht zu einer nachdrücklichen Opposition gegen die Kürzungspolitik durchringen konnte. Und zweitens bedeutet Camerons Kürzungspolitik, dass die Beschäftigten im öffentlichen Sektor direkt von der Regierung angegriffen werden. Somit ist es nahezu unmöglich, eine Antwort auf die Angriffe zu geben, die nicht politisch aufgeladen ist.

Camerons Wahlsieg im Mai 2015 wird im konservativen Lager vorherrschend als Bestätigung seines Kurses interpretiert; die Kürzungsmaßnahmen gehen weiter und werden mit unveränderter Härte durchgesetzt. In diesem Zusammenhang steht auch die geplante Verschärfung des Streikrechts, welche sich als Angriff auf die politische Opposition gegen die Kürzungspolitik verstehen lässt. Gleichzeitig hat sich mit der Wahl Jeremy Corbyns zum Parteivorsitzenden die politische Linie der Labour Party verschoben. Gewählt wurde ein Kandidat, der sich klar gegenüber der Kürzungspolitik positioniert hat. Der Erfolg Corbyns – der von den beiden größten britischen Gewerkschaften UNISON und Unite sowie von der CWU unterstützt wurde – kann insofern auch als Erfolg der organisierten Arbeiterschaft in Großbritannien gesehen werden. Gleichzeitig könnte er aber auch zur Folge haben, dass die Arbeitsteilung zwischen Labour Party und Gewerkschaften erneuert und die politische Stimme der Gewerkschaften leiser wird. Ein solches Szenario stellt insofern eine Gefahr für die organisierte Arbeiterschaft dar, als eine spürbare Abwehr der Verschärfung des Streikrechts ohne wirkungsvolle politische Interventionen von Gewerkschaftsseite nicht denkbar ist.

Literatur

- Aglionby, J./Groom, B./Binham, C. 2014: RMT Tube Strike disrupts Londoners' Commute. In: Financial Times, 29.04.2014. Internet: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/d7303cd0-cf63-11e3-9b2b-00144feabdc0.html#axzz3kJ3g7U00> [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- Arrowsmith, J. 2005: British Airways' Heathrow flights grounded by dispute at Gate Gourmet. In: EurWORK, 19.09.2005. Internet: <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/british-airways-heathrow-flights-grounded-by-dispute-at-gate-gourmet> [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- Azad, A. 2005: Heathrow Strike and Asian Workforce. In: Economic and Political Weekly, Jg. 40, H. 41, S. 4412-4414

- BBC News 2005: Unions wins secondary action vote. 27.09.2005. Internet: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/4286586.stm [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- BBC News 2009a: Royal Mail workers vote to strike. 08.10.2009. Internet: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/8296660.stm> [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- BBC News 2009b: On the picket line. 29.10.2009. Internet: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/8332288.stm> [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- BBC News 2014: Public sector strikes hit schools and services around the UK. 10.07.2014. Internet: <http://www.bbc.com/news/uk-28240683> [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- BBC News 2015: Tube strike: London commuters deal with queues and delays. 06.08.2015. Internet: <http://www.bbc.co.uk/news/uk-england-london-33798637> [zuletzt aufgesucht am 01.09.2015]
- Beale, D. 2003: Engaged in battle. Exploring the sources of union militancy at Royal Mail. In: *Industrial Relations Journal*, Jg. 34, H. 1, S. 82-95
- BIS 2015: Trade Union Membership 2014. Statistical Bulletin, June 2015. London
- Bond, P. 2009: Britain: Postal workers call for disaffiliation from Labour during strike ballot. In: *WSWS*, 02.10.2009. Internet: <http://www.wsws.org/en/articles/2009/10/post-o02.html> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Burchill, F. 2004: The UK fire service dispute, 2002-2003. In: *Employee Relations*, Jg. 26, H. 4, S. 404-421
- Cabinet Office 2014: Public Sector Strikes, 15 October 2014. Internet: <https://www.gov.uk/government/news/public-sector-strikes-15-october-2014> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Cain, P.J./Hopkins, A.G. 2001: *British Imperialism, 1688-2000*. 2. Aufl., London
- Campbell, D./Johnson, S. 2014 NHS strike: clinics close and operations cancelled in dispute over pay. In: *The Guardian*, 13.10.2014. Internet: <http://www.theguardian.com/society/2014/oct/13/nhs-strike-dispute-pay-walkout>
- Chan, S.P. 2015: Britain on top. Recovery from Great Recession was faster than thought. In: *The Telegraph*, 30.09.2015, <http://www.telegraph.co.uk/finance/economics/11900934/UK-GDP-growth-stronger-previously-though-recovery-ONS.html> [zuletzt aufgesucht am 05.10.2015]
- Clark, I. 2000. *Governance, the State, Regulation and Industrial Relations*, London.
- Cohen, S. 2006: *Ramparts of Resistance. Why Workers lost Their Power and How to Get it Back*, London
- Cohen, S. 2009: What is the postal strike really about? In: *The Commune*, 08.10.2009. Internet: <https://thecommu.wordpress.com/2009/10/08/what-is-the-london-postal-strike-really-about/> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Connolly, H./Darlington, R. 2012: Radical political unionism in France and Britain. A comparative study of SUD-Rail and the RMT. In: *European Journal of Industrial Relations*, Jg. 18, H. 3, S. 235-250
- Chopra, A. 2009: Wildcat strikes continue at UK oil refineries. In: *Financial Times*, 03.02.2009, www.ft.com/cms/s/0/c364cf76-f1f2-11dd-9678-0000779fd2ac.html [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]

- Choules, F. 2003: Blink and You'll Miss it. In: *Socialist Review*, October 2003. Internet: <http://socialistreview.org.uk/278/blink-and-youll-miss-it> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Crow, B. 2010: Fighting Fiscal Fascism. In: *RMT News*, Jg. 12, H. 8, S. 1
- Curtis, P. 2011 Public sector pensions: Work longer and pay more, says Alexander. In: *The Guardian*, 17.06.2011. Internet: <http://www.guardian.co.uk/society/2011/jun/17/public-sector-pensions-danny-alexander> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Darlington, R. 2012: The interplay of structure and agency dynamics in strike activity. In: *Employee Relations*, Jg. 34, H. 5, S. 518-533
- Darlington, R./Dobson, J. 2015: The Conservative Government's Proposed Strike Ballot Thresholds. The Challenge to the Trade Unions. Salford Business School Research Working Paper, August 2015, Salford
- Dinan, W./Ford, A./McConnell, A./Pyper, R. 2006: Policy responses to crisis. The Case of the UK firefighters' dispute. In: *Policy & Politics*, Jg. 34, H. 2, S. 307-323
- Doward, J. 2003: Hewitt calls for a deal to end wildcat post strikes. In: *The Guardian*, 02.11.2003. Internet: <http://www.theguardian.com/politics/2003/nov/02/uk.post1> [zuletzt aufgesucht am 09.10.2015]
- Gall, G. 2012: The engineering construction strikes in Britain, 2009. In: *Capital & Class*, Jg. 36, H. 3, S. 411-431
- Gallas, A. 2010: Brothers in Arms. Zur politischen Strategie der britischen Koalitionsregierung. In: *Linksnetz*, November 2010. Internet: http://www.linksnetz.de/K_texte/K_gallas_brothers.html [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Gallas, A. 2013: Did things really get better? Ein Rückblick auf New Labour. In: *Die Zukunft*, Jänner 2013, S. 24-30
- Gallas, A. 2015: The Thatcherite Offensive. A Neo-Poulantzian Analysis, Leiden
- Gallas, A./Nowak, J. 2012: Agieren aus der Defensive: Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien. In: Gallas, A./Nowak, J./Wilde, F. (Hg.): *Politische Streiks im Europa der Krise*. Hamburg, S. 24-106
- Gilchrist, A. 2002: No Return to Master and Servant. In: *The Guardian*, 15.11.2002. Internet: <http://www.theguardian.com/uk/2002/nov/15/military.society> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Gordon, A./Upchurch, M. 2012: Railing against neoliberalism: Radical political unionism in SUD-Rail and RMT. In: *European Journal of Industrial Relations*, Jg. 18, H. 3, S. 259-265.
- Guthrie, J. 2009: These illegal wildcat strikers have a case. In: *Financial Times*, 04.02.2009. Internet: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/2e90f8c6-f2dc-11dd-abe6-0000779fd2ac.html#axzz1umTBeVey> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Hain, P. 1986: *Political Strikes: The State and Trade Unionism in Britain*. London.
- Hall, M. 2009: Strikes at Royal Mail called off as negotiations continue. In: *EurWORK*, 01.12.2009. Internet: <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/strikes-at-royal-mail-called-off-as-negotiations-continue> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]

- Hall, M. 2010: London Underground strikes set to escalate. In: EurWORK, 19.01.2011. Internet: <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/industrial-relations/london-underground-strikes-set-to-escalate> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Hall, M. 2014: Strike hits London Underground. In: EurWORK, 09.08.2014. Internet: <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/strike-hits-london-underground> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Hattersley, R. 2005: In Sympathy with Strikers. In: The Guardian, 12.09.2005. Internet: <http://www.theguardian.com/politics/2005/sep/19/tradeunions.politicalcolumnists> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Hendy, J./Gall, G. 2006: Workers' Rights Today and the Trade Union Freedom Bill. Vortragsmanuskript, Konferenz '1906-2006. From the Trade Disputes Act to a Trade Union Freedom Bill', 20.05.2006. Internet: <http://www.ier.org.uk/events/seminar-papers-1906%E2%80%932006-trade-disputes-act-trade-union-freedom-bill> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Hensche, D. 2004: Politischer Streik illegal? In: Soz – Sozialistische Zeitung, März 2004, S. 5
- Hensche, D. 2012: Das Tabu des politischen Streiks in Deutschland. Politische und rechtliche Aspekte. In: Gallas, A./Nowak, J./Wilde, F. (Hg.): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg, S. 219-226
- Hobsbawm, E.J. 1968: Industry and Empire. Harmondsworth
- Hodgson, M. 2007: Brown calls for end to postal strikes. In: The Guardian, 10.10.2007. Internet: <http://www.theguardian.com/uk/2007/oct/10/post.immigrationpolicy> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Howe, N. 2014: Are we reliving the 1930s? In: Forbes, 25.11.2014. Internet: <http://www.forbes.com/sites/neilhowe/2014/11/25/are-we-reliving-the-1930s/> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Howell, C 2005: Trade Unions and the State. The Construction of Industrial Relations in Britain, 1890-2000. Princeton
- Hyman, R. 1989: Strikes. 4. Aufl., Basingstoke
- Ince, A./Featherstone, D./Cumbers, A./MacKinnon, D./Strauss, K. 2015: British Jobs for British Workers? Negotiating Work, Nation, and Globalisation through the Lindsey Oil Refinery Disputes. In: Antipode, Jg. 47, H. 1, S. 139-157
- IFS 2015: This government has delivered substantial spending cuts; big differences in parties' plans for next parliament. 12.03.2015. Internet: <http://election2015.ifs.org.uk/public-spending> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Johnson A. 2012: The unions' no-cuts agenda is delusional. In: The Guardian, 17.01.2012. Internet: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2012/jan/17/unions-no-cuts-agenda-is-delusional> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Johnston, C. 2014: Tens of thousands take to UK streets in pay protest. In: The Guardian, 18.10.2014. Internet: <http://www.theguardian.com/world/2014/oct/18/tens->

- thousands-uk-streets-pay-protest-march-union [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Khomami, N./Gani, A./Tran, M./Radcliffe, R. 2015: Tube strike: commuters struggle in worst disruption for 13 years. In: The Guardian, 09.07.2015. Internet: <http://www.theguardian.com/uk-news/2015/jul/09/tube-strike-london-commuters-chaos-rail-bus-trains> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Lavery, S. 2015: Public and private sector employment across the UK since the financial crisis. SPERI British Political Economy Brief, Nr. 10. Sheffield
- Leach, J. 2014: Tube strike: Dear Londoners, this is why we are on strike. In: Left Foot Forward Blog, 29.04.2014. Internet: <http://leftfootforward.org/2014/04/tube-strike-dear-londoners-this-is-why-we-are-on-strike/> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Lindner, U. 2006: Alles Macht, oder was? Althusser, Foucault und kritische Gesellschaftstheorie. In: Prokla, Jg. 36, H. 4, S. 583-610
- Lyddon, D. 2009: Strikes. Industrial Conflict under New Labour. In: Daniels, G./McIlroy, J. (Hg.) Trade Unions in a Neoliberal World. British Trade Unions under New Labour. London, S. 317-341
- Machin, S. 2015: Real wages and living standards: the latest UK evidence. In: LSE British Politics and Policy Blog, 26.03.2015. Internet: <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/real-wages-and-living-standards/> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- MacInnes, J. 1987: Thatcherism at Work. Industrial Relations and Economic Change, Milton Keynes
- McIlroy, J. 2000: New Labour, New Unions, New Left. In: Capital & Class, Jg. 24, H. 71, S. 11-45
- McIlroy, J./Daniels, G. 2009: An anatomy of British trade unionism since 1997: Organization, structure and factionalism. In: Daniels, G./McIlroy, J. (Hg.) Trade Unions in a Neoliberal World. British Trade Unions under New Labour. London, S. 127-164
- Milner, M. 2007: Royal Mail wins court injunction to stop strikes planned for next week. In: The Guardian, 13.10.2007. Internet: <http://www.theguardian.com/uk/2007/oct/13/post.politics> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Mouvement Communiste 2009: The Struggle at Lindsey Refinery. A Struggle entangled in Nationalism. In: Libcom, 12.06.2009. Internet: <http://libcom.org/history/2009-strike-lindsey-refinery-struggle-entangled-nationalism> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Morgan, O. 2005: T&G calls for law change over Gate Gourmet. In: The Observer, 04.09.2005. Internet: <http://www.theguardian.com/business/2005/sep/04/theairlineindustry.theobserver> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Ohne Autor 2006: A history of the 2003 UK postal workers' wildcat strike. In: Libcom, 10.11.2006. Internet: <https://libcom.org/history/2003-postal-workers-wildcat-strike> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]

- Pearson, R./Anitha, S./McDowell, L. 2010: Striking issues. From labour process to industrial dispute at Grunwick and Gate Gourmet. In: *Industrial Relations Journal*; Jg. 41, H. 5, S. 408–428
- Pimlott, D./Housley, S. 2005: FT Briefing - Gate Gourmet dispute. In: *Financial Times*, 23.08.2005. Internet: <http://www.ft.com/intl/cms/s/2/1eaf015a-13bf-11da-af53-00000e2511c8.html#axzz3cMnjQRvI> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Price, R./Bain, G.S. 1983. Union Growth in Britain. Retrospect and Prospect. In: *British Journal of Industrial Relations*, Jg. 21, H. 1, S. 46-68
- Prosser, T. 2009: Strike hits London Underground. In: *EurWORK*, 09.08.2009. Internet: <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/strike-hits-london-underground> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Pyper, R. 2003: Firefighters' Dispute. Playing with Fire. In: *Parliamentary Affairs*, Jg. 56, H. 3, S. 490-505
- RMT News 2015: Tube dispute rolls on, Unions stand united and solid for workplace justice on London Underground. In: *RMT News*, Jg. 7, H. 8, S. 6
- Seymour, R. 2009: Myths of the Royal Mail Strike. In: *Lenin's Tomb Blog*, 19.10.2009, Internet: <http://www.leninology.co.uk/2009/10/myths-of-royal-mail-strike.html> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]
- Seifert, R./Sibley, T. 2005: *United They Stood. The Story of the UK Firefighters' Dispute 2002-2004*. London
- Seifert, R./Sibley, T. 2011: It's Politics, Stupid: The 2002-2004 UK Firefighters' Dispute. In: *British Journal of Industrial Relations*, Jg. 49, H. S2, S. s332-s352
- TUC 2015: *The Decent Jobs Deficit. The human cost of zero-hours working in the UK*. London
- Taylor, R. (2001): 'Employment Relation Policy'. In: Seldon, A. (Hg.): *The Blair Effect. The Blair Government 1997-2001*, London, S. 245-270
- Weaver, M 2007: Union chiefs agree Royal Mail deal. In: *The Guardian*, 22.10.2007. Internet: <http://www.theguardian.com/news/2007/oct/22/uknews> [zuletzt aufgesucht am 02.09.2015]